

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telefax: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Freimut Duve MdB zur Täuschungskultur moderner Berichterstattung für den propagandistischen Tagesgebrauch: Zur bösen Tat gehört die entlastende Nachricht.  
Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Kokain-Problem in Lateinamerika und bei uns: Drogenhandel und Marktmechanismen.  
Seite 4

Annemarie Renger MdB zum Aufenthalt einer Parlamentsdelegation in Neuseeland und Australien: Sorgen über EG-Binnenmarkt und Umwelt.  
Seite 6

44. Jahrgang / 169

4. September 1989

Zur bösen Tat gehört die entlastende Nachricht

Gedanken zur Täuschungskultur moderner Berichterstattung für den propagandistischen Tagesgebrauch

Von Freimut Duve MdB

Wahrheit und Wahrhaftigkeit, anständige Deutsche sind besser als unanständige Ausländer. Das mit Tugenden prall gefüllte deutsche Herz schlägt schneller, wenn Anständigkeit gefragt ist. Hinterhältig, gemein und boshaft sind die anderen. Wir sind tapfer, vielleicht etwas borniert, aber wir kämpfen mit offenem Visier. So etwa erinnere ich mich an meinen Großvater, der bei den Nazis Mitglied war, wenn er von den Franzosen, den Engländern, im Vergleich zu uns sprach. Im Vergleich zu uns Deutschen. So wollen sich auch viele ältere ehemalige Soldaten an den Zweiten Weltkrieg gerne erinnern. Ein Krieg, der von einer boshaften Führung angezettelt, aber im Verlauf von tapferen Soldaten doch anständig geführt worden war. Daß Dörfer niedergemacht wurden, Frauen und Kinder in angezündeten Holzkirchen verschmorten, das waren andere, vielleicht die SS, aber nicht einmal die Waffen-SS kann sich an Gemeinheiten und Bestialitäten erinnern.

Aber dieser Krieg ist durch Lüge, Täuschung, Erpressung und Raub begonnen worden und mit äußerster Brutalität geführt worden.

Am Anfang, in der Nacht zum 1. September überfielen Soldaten in polnischen Uniformen einen deutschen Radiosender. Den Sender Gleiwitz. Es waren deutsche Soldaten, die sich für das Bubenstück mit polnischen Uniformen kostümieren ließen. Ein ehrenhaftes Soldatentum ganz besonderer Art.

Seither ist der „Sender Gleiwitz“ das Synonym für eine moderne Propagandatechnik der Lüge und der Vortäuschung. Hitler nutzte im Reichstag am 1. September den Hinweis auf den „gemeinsamen polnischen Überfall“ zu seiner Rechtfertigungsrede für den Einmarsch in Polen. Nach wenigen Wochen war Polen geschlagen, über 600.000 Soldaten gingen in Gefangenschaft. Einige Monate zuvor hatten Stalin und Hitler das Ende des polnischen Staates besiegelt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kernölfreier Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



In Kriminalromanen ist der abgefeimteste Schurke immer der, der seinen Opfern durch Tricks und Täuschungen den Verdacht zuschiebt, Täter zu sein. Seltener sind die Killer, die so raffiniert vorgehen, daß sie das ausgewählte Opfer als angeblichen Täter zunächst selbst dramaturgisch vorspielen, um die Bluttat als Notwehr deklarieren zu können. Seltener deshalb, weil ein solches theatrales Bubenstück schwer zu arrangieren ist und vor allem schwer geheimzuhalten ist.

Hitler hatte eine ähnliche Technik schon einmal arrangiert als der Reichstag brannte. Um die Kommunisten verfolgen, mißhandeln und umbringen lassen zu können, inszenierte er den Reichstagsbrand 1933 als Tat der Kommunisten. Es ist für die Bewertung dieser Perfidie unerheblich, ob Nazis selbst den Reichstag angezündet hatten, ob ihnen der Holländer in die Hände spielte, oder ob er zum Instrument vorbestimmt worden war. Den Brand für die Propaganda und für die Verfolgung der Kommunisten zu nutzen, das ist bereits die Übeltat.

Auch die Pogrome gegen die Juden in der Nacht zum 9. November 1938 wurden mit einem propagandistischen Vorwand organisiert, dem Attentat auf einen deutschen Diplomaten in Paris.

Die Lüge ist das Instrument des Staats-Terrors. Ein Terror, der die öffentliche Propaganda, aber auch die Verschleierung in gewissem Umfang braucht, sich aber nicht allzuviel Mühe zu geben scheint, die Täuschung auf Dauer zu verschleiern. Im Gegenteil - die Aufdeckung der „List“ oder des Vorwandes wird keinesfalls gescheut. Nicht für die Geschichte sucht man den Deckmantel des Vorwandes, sondern für den propagandistisch genutzten Augenblick.

Nichts Neues? Thukydides hat uns früh über Kriegslisten belehrt. Die Griechen haben mit einem hölzernen Pferd die Mauern Trojas überwunden, gegen die sie jahrzehntelang vergeblich angerannt waren. Es gibt keine Ethik des Krieges und alles scheint erlaubt. Auch in der Genfer Konvention gibt es keinen Artikel, der Kriegslisten verbietet, also wer wollte den Deutschen den Trick mit dem Sender Gleiwitz besonders verübeln, wo sie doch in Polen und in der Sowjetunion Verbrechen ganz anderen Kalibers vor der Geschichte zu verantworten haben?

Reichstagsbrand 1933, Reichspogromnacht am 9. November 1938, „Sender Gleiwitz“ am 1. September 1939 sind drei mächtige Etappen auf dem Weg in die Täuschungskultur moderner Nachrichtenaktualität für den propagandistischen Tagesgebrauch. Die Griechen hatten das Pferd genutzt nicht aus Propagandagründen, sondern um den Gegner zu täuschen. Die Deutschen haben ihren eigenen Sender in polnischen Uniformen angegriffen, nicht um die Polen zu täuschen, oder um sich den Sieg über Polen zu erleichtern. Der war ohnehin seit Monaten bis ins kleinste vorbereitet worden. Die Deutschen haben den Überfall auf den Sender organisiert, um ein Ereignis zu produzieren, das als Nachricht eingesetzt werden konnte. So konnten sie einen Vorwand propagandistisch einige Stunden (oder Tage) nutzen. Ob ihnen geglaubt wurde oder nicht, spielt für den Vorgang keine Rolle. Die Zerstörung eines Volkes ist durch das Eindringen in ein Gebäude ohnehin von niemandem zu rechtfertigen. L'Art pour l'art? Nein. Zur bösen Tat gehört die entlastende Nachricht. Das erklärende und entlarvende Kommunique.

Sie hätten auch ein Krankenhaus, eine Polizeistation, ein Kraftwerk nutzen können. Sie haben aber einen modernen Radiosender benutzt, haben eine Nachrichtenstation angegriffen, um eine Nachricht zu produzieren. Ich weiß nicht, ob 1939 jemandem der Nachrichten-Terroristen, die Ironie dieses Symbols bewußt war. Aber für unsere Welt der geplanten und gesteuerten propagandistischen Gewalt-Fiktionen ist der „Sender Gleiwitz“ das große Entree gewesen.

Den Fakten gehen die gestellten Fiktionen voran. Das staatlich organisierte Lügen der Nazis war Vorläufer einer mählichen Auflösung des Wirklichkeitsvertrauens der Bürger. Hatte Ghaddafi wirklich die Berliner Disco hochgehen lassen? Wir wissen heute, daß Libyen nicht der Organisator des Bombenanschlages war. Aber ein gewaltiger kriegsgefährlicher Bombenangriff wurde mit dieser produzierten Nachricht als moralischer Absicherung gegen Tripolis geflogen. Tobte in Prag 1968 wirklich die „Konterrevolution“, wie die sowjetischen Nachrichten verbreiteten, um den Überfall auf den Prager Frühling zu rechtfertigen, Moskau brauchte die Begründung in ihren Nachrichten, wie China, als sie im vergangenen Jahr brutal die tibetischen Demonstranten bestraft hatte, wie Südafrika, das immer wieder in Angola unter fadenscheinigen Begründungen eingefallen ist. Die moderne Staatsmacht braucht die Rechtfertigungsnachricht vor sich selbst und für sich selbst. Auch die Nazi-Führung im September 1939. Niemand hat es wirklich geglaubt. Und die Täter gingen gar nicht davon aus, daß ihnen geglaubt wird. Die produzierte Nachricht ist wie die gefälschte Uniform, eine spielerische Tarnung für die Fiktionen des diplomatischen Verkehrs. Der gewaltbereite Staatsführer braucht die Lüge. Halb Salondiplomat, halb Killer, fälscht oder erfindet er Fakten. Auch als alles Völkerrecht mit Füßen getreten war, als nackte Erpressung und Gewalt Europa regierten, behielt der Terrorstaat seinen propagandistisch klaren Kopf, auch um den Preis der Lächerlichkeit (die sich angesichts des Entsetzens erst eine Generation später einstellen mag) werden Fiktionen inszeniert.

Der Kampf mit Fiktionen hat inzwischen auch die unblutigen Auseinandersetzungen politischer Gruppen in der parlamentarischen Demokratie erreicht. Die politischen Gegner planen und produzieren „news“, die den Gegner treffen sollen, die ihn ins Unrecht setzen und in die Defensive drängen sollen. Die scheußlichste Schlacht der jüngsten Vergangenheit lieferte das Wahlteam von George Bush: Aus einer Fülle täglicher Gewaltakte (die USA sind das Mord- und Vergewaltigungsland Nr. 1) wählten sich die Propagandisten einen verurteilten schwarzen Mörder aus, der während eines Gefängnisurlaubs eine (weiße) Frau vergewaltigt hatte. Da dies im Staat Massachusetts des Gegenkandidaten Dukakis geschehen war, konnte er direkt für die Gewalttat verantwortlich gemacht werden. Das Foto des Täters wurde in der Wahlsendung gezeigt. Da war eine Nachricht erzeugt. Auch die Diskussion über diese Tele-Barbarei half den Urhebern dieser „Nachricht“. Inzwischen weiß man, daß dieser Anschlag auf die Wahrhaftigkeit Monate zuvor an Testpersonen erprobt worden war. Ausgewählte Dukakis-Anhänger. Sie änderten mehrheitlich spontan ihre Meinung.

„Die Lüge reicht zur Wahrheit nicht heran mit allen ihren giftgetränkten Pfeilen“, läßt Gerhart Hauptmann seinen „armen Heinrich“ etwas pathetisch ausrufen. Er kannte nicht das Medienzeitalter. Der Gegensatz zwischen Wahrheit und Lüge ist keiner mehr - der Gegensatz zwischen Fakt und Fiktion ist immer unwichtiger geworden, seit Fiktionen die Fakten der Nachrichten mitbestimmen.

Deutsche Soldaten mit ihren wohlgepflegten Tugendvögärten haben Polen überfallen und zerstört. Ihr erster Gewaltakt geschah mit gefälschten Uniformen. Er galt einer eigenen Einrichtung. Er diente der Propaganda. Er diente der Lüge, er diente dem Terror. (-/4.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## Drogenhandel und Marktmechanismen

---

Zur Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dem Kokain-Problem  
in Lateinamerika und bei uns

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach einer Delegationsreise des Bundestages nach Ecuador und Peru stellen sich mir die Dinge so dar:

Es hat schon etwas von Zynismus an sich, wenn jetzt Polizei und Militär gegen Drogenhändler und Coca-Farmer vorgehen, wo doch jahrelang die politische Klasse Kolumbiens eine stillschweigende Allianz mit den Drogenbaronen pflegte und von den Drogendollars profitierte. Der Beinahe-Bankrott der bolivianischen Wirtschaft 1986 infolge des Kapitalabzuges der Drogenhändler aus dem ökonomischen Kreislauf beweist, daß das Florieren der Wirtschaft in hohem Maße von diesem schmutzigen Geld abhängt.

Es ist ja zum „Piepen“! Nun verhalten sich die „Produzenten“ einmal „marktgerecht“, indem sie den Drogenmarkt nach den Mechanismen Preis-Nachfrage-Angebot bedienen, und nun sollen diese Regeln nicht mehr gültig sein?

Wir, die Industrienationen, die wir solche Gesetze wie Fetische huldigen, sind am Ende mit unseren Argumenten; eigenes Versagen ist nicht mehr zu verdecken.

Wer ist für den wachsenden Drogenmarkt verantwortlich? Warum steigt die Nachfrage? Warum wächst der Markt?

Sind es die Entwicklungsländer, denen die ständig sinkenden Rohstoffpreise für Zucker, Kaffee, Kakao etc. das Mark aus den Knochen saugen, die die Hauptverantwortung tragen?

Oder liegen die Ursachen für den wachsenden Drogenkonsum eher in den Industrienationen?

Als ehemaliger Mitarbeiter eines Großstadt-Jugendamtes sind mir die dramatischen Schicksale der „User“ bekannt. Doch hier ist der Kern des Problems nicht zu fassen.

So frage ich mich als Entwicklungspolitiker, warum nunmehr die Coca-Farmer, das kleinste Glied in der Problemkette des Drogenhandels bedroht und beschimpft werden, wenn man bedenkt, daß der Coca-Anbau ein 20-30mal höheres Einkommen garantiert.

Wir in den Industrienationen freuen uns über sinkende Rohstoffpreise und verlangen von den Entwicklungsländern ständig mehr Geld für den Import von Industriegütern.

Die Ursache für diese Misere ist im Weltwirtschaftssystem zu suchen, wo die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Dieser ungerechte Verteilungsmechanismus spiegelt sich letztendlich auch im aktuellen Drogenproblem wieder: Die Gesetze des Marktes bestimmen die Entscheidung für Coca-Anbau und gegen Kaffee etc.

Zur Auflösung dieses Widerspruches sind Antworten zu formulieren, denn mit jedem vom Markt genommenen Kilo Kokain steigt der Preis und die Gewinnsucht.

Wer hilft den Entwicklungsländern bei der Überwindung dieses Dilemmas? Der Plan einer systematischen Zerstörung der Coca-Kulturen im Amazonasgebiet muß als gescheitert gelten.

Auch die Vorschläge des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Carl-Dieter Spranger, CSU, können dem Problem nicht gerecht werden („Vorneverteidigung“: Polizeiausstattungs-hilfen anstelle von Industrialisierungsprojekten). Spranger, zu politischen Schnellschüssen immer bereit, erntete bei der Erörterung seiner drogenpolitischen Vorstellungen während seiner Lateinamerika-Reise im Sommer 89 bei den dortigen Verantwortlichen nur Kopfschütteln.

Erforderlich ist eine ökonomische Kehrtwendung; diese schließt Polizeihilfe in der aktuellen Situation nicht aus. Wichtig im Kampf gegen den Drogenmarkt ist eine Kombination von Maßnahmen gegen die Drogenhändler sowie wirtschaftliche und gesetzliche Anreize für die Bauern, ihre Coca-Pflanzungen in legale Anbaugelände für Nahrungsmittel etc. umzuwandeln. Hier sind auch die Industrienationen gefordert, deren Drogenmärkte das Problem mitverantworten.

Die Zeit drängt.

Was tun die USA, die EG, die Bundesrepublik - der Club der Reichen wirklich? Welche Initiativen sind von Spranger und vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke zu erwarten?

Diese drängenden Fragen wurden mir und den übrigen Delegationsteilnehmern (Klaus-Jürgen Hedrich, CDU, und German Meneses Vogel, Die Grünen) gestellt. Ich rege deshalb an, daß sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Deutsche Bundestag sehr rasch und umfassend dieser Probleme annehmen.

(-/4.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Sorgen über EG-Binnenmarkt und Umwelt

Zum Aufenthalt einer Parlamentsdelegation in Neuseeland und Australien

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Eine Delegation des Deutschen Bundestages kehrte von einer Informationsreise aus Neuseeland und Australien mit dem nachhaltigen Eindruck zurück, daß die Fragen, die sich aus der globalen Umweltkrise - Stichworte: Ozonloch, Treibhauseffekt, Klimaveränderung - auf der von den Vereinten Nationen eingerufenen Internationalen Umweltkonferenz, die im Oktober 1989 in Kanada stattfinden soll, mit großem Ernst und Nachdruck behandelt werden müssen.

Die Mitglieder der deutschen Parlamentsdelegation, die sich aus allen im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzte, haben ihren neuseeländischen und australischen Kollegen die deutsche Unterstützung zugesagt, um dieser Thematik Vorrang bei den anstehenden Erörterungen einzuräumen.

In beiden pazifischen Staaten konnte sich die Delegation einen Eindruck von den notwendigen Anstrengungen zur Beilegung dieser globalen Bedrohung unserer Welt machen. In vielen Beispielen wurde die Delegation mit den konkreten Auswirkungen des Ozonlochs über der Antarktis konfrontiert. Mit Nachdruck wurde von allen Seiten unterstrichen, daß nur gemeinsames Handeln die drohenden Gefahren abwenden kann.

Die drei Elemente, die bei einer internationalen Atmosphärenkonvention zusammengebunden werden müssen, sind zum einen der Schutz der Atmosphäre, zum anderen die Sozialverträglichkeit und drittens die Sicherstellung einer kontinuierlichen Entwicklung. Wie die schwierigen Fragen der Finanzierung der weltweit notwendigen Anstrengungen geregelt werden können, konnte während des Aufenthaltes in den zahlreichen Gesprächen andeutungsweise diskutiert werden, wobei der Gedanke eines internationalen Umwelt- und Entwicklungsfonds für den ökologischen Umbau im Mittelpunkt stand.

Die deutsche Parlamentsdelegation wurde im Verlauf ihrer Besuchsreise immer wieder auf die Fragen angesprochen, die sich mit der Herstellung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1992 für die Handelspartner stellen. Die Sorge, die Europäische Gemeinschaft könne sich zu einer „Festung Europa“ entwickeln, die sich für die außereuropäischen Handelspartner als schwierig zu nehmende Hürde darstelle, um ihre Agrar- und Wirtschaftsprodukte wie auch die Rohstoffe auf dem europäischen Markt zu verkaufen, wurde immer wieder vorgetragen.

Von unseren beiden Gastgebern würde man gern verstärkte deutsche Investitionen in beiden Ländern sehen, wie auch umgekehrt ein Interesse an Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland besteht.

Die deutschen Parlamentarier haben nachdrücklich versucht, Befürchtungen im Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt zu zerstreuen und versichert, daß es zu einer Abschottung der europäischen Märkte keine deutsche Zustimmung geben werde. Doch wird es noch erforderlich sein, unsere Handels- und Wirtschaftspartner konkreter als bisher von den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes ins Bild zu setzen und gleichzeitig zu verhindern, daß sich Australien und Neuseeland überwiegend dem pazifischen Wirtschaftsraum zuwenden.

(-/4.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*